

Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Drei neue Reichstagsersatzwahlen.

Als der Reichstag am Dienstag seine Arbeiten wieder aufnahm, war nur eins seiner 397 Mandate erledigt. Der Zentrumskandidat, A. Lofse, der dem Reichstag seit den Septennalwahlen von 1887 als Vertreter für den oberhessischen Wahlkreis Leobshausen angehört hat, ist in der Vertagungsperiode gestorben, und eine Ersatzwahl hat noch nicht stattgefunden. Inzwischen ist am ersten Tage nach dem Wiederausbruch des Reichstags der freikonservative Vertreter des westpreussischen Wahlkreises Rosenburg-Löbau, Piarrer Zürn, gestorben und am Donnerstag hat der nationalliberale Abg. Kölsch sein Mandat für Ostpreußen niedergelegt, nicht gerade freiwillig; er ist dem Beschluß des Plenums des Reichstags zuvorgekommen, der voraussichtlich am Dienstag entsprechend der Entscheidung der Wahlprüfungskommission auf Ungültigkeit des Mandats gelaufen hätte. Der Reichstag zählt also gegenwärtig nur 394 Mitglieder und es ist anzunehmen, daß in den nächsten Tagen durch die Abstimmung des Plenums noch ein Mandat für ungültig erklärt wird. Das der betreffende Abgeordnete dem Beispiel des Abg. Kölsch folgen wird, ist kaum anzunehmen, denn es handelt sich um einen Sozialdemokraten — den Abg. Haupt für Burg-Perichow — und die Sozialdemokraten pflegen in solchen Fällen nicht zu verzichten, obwohl sie ihren Gegnern das Leben am Mandat zum Vorwurf machen.

Von den drei Reichstagsersatzwahlen, die bis Donnerstag erforderlich geworden sind, ist nur eine in ihrem Ergebnis im voraus sicher zu bestimmen. Der Wahlkreis Leobshausen ist seit 1871 ununterbrochen im Besitz des Zentrums gewesen. Hier hat überhaupt noch niemals eine Stichwahl stattgefunden. Der Nachfolger des Abg. Lofse im Reichstagsmandat für diesen Wahlkreis wird also auch wieder ein Mann des Zentrums sein. Wie erinnerlich, war anfangs davon die Rede, daß für diese Reichstagskandidatur vom Zentrum der durch seinen Kampf um seine politische Überzeugung als Reserveoffizier bekannt gewordene Amtsrichter Antretel in Rohnitz in Aussicht genommen sei.

Weit weniger sicher ist der Wahlerfolg des Freikonservativen bei der Reichstagsersatzwahl in Rosenburg-Löbau. Dieser Wahlkreis betraden die Hindensteins als ihre Reichstagsdomäne. Hier wurde 1871 Rodrigo Graf zu Dohna-Hindenstein gewählt, der bis 1890 das Mandat innehatte. 1890 mußten die Konservativen das Mandat dem polnischen Arzt Dr. Kzysnikowski abtreten, dem es auch 1893 nicht entzogen werden konnte, obgleich die Konservativen den jungerlichen Draufgänger v. Oldenburg als Kandidaten losgelassen hatten. Vielleicht hätte gerade das Auftreten v. Oldenburgs die Konservativen veranlaßt, 1898 einen Vertreter gemäßigter-konservativer Richtung, der überdies Landrat war, vorzuschicken. Der freikonservative Landrat und Rittergutsbesitzer von Bonin eroberte denn auch wirklich das Mandat und sogar schon im ersten Wahlgang. Seitdem haben die Konservativen das Mandat gewechselt. Ihre Vertreter aber sind im Reichstag nicht warm geworden. Bei jeder Neuwahl wurde von ihnen ein Kandidatenwechsel vorgenommen. Dem freikonservativen Abg. v. Bonin folgte 1906 der freikonservative Rittergutsbesitzer Walzer, diesem 1907 der konservative Rittergutsbesitzer Graf Hind v. Hindenstein, der 1912 wieder durch den jetzt verstorbenen freikonservativen Piarrer Zürn ersetzt wurde. Er ist bei den letzten Wahlen mit 1119 von 2025 abgegebenen gültigen Stimmen gewählt worden. Die Polen werden natürlich alle Kraft daran setzen, das Mandat wieder zu erlangen. Ob es ihnen aber gelingen wird?

Ganz ungewiß ist der Ausgang der Reichstagsersatzwahl in Kehl-Offenburg. In diesem badischen Wahlkreis ist 1912 das Zentrum nur mit acht Stimmen von den Nationalliberalen verdrängt worden. Der Wahlkreis ist stets heiß umstritten gewesen zwischen Zentrum und Nationalliberalen. 1871 bis 1878 behaupteten die Nationalliberalen das Mandat. 1880 gewann das Zentrum in einer Ersatzwahl den Wahlkreis, aber nur für ein Jahr. 1881 wählte der Wahlkreis in seiner Mehrheit nationalliberal. 1884 liberal, 1887 wieder nationalliberal, 1889 jedoch in einer Ersatzwahl von neuem liberal. Seitdem ist dem Zentrum hier das Wahlgeld treu geblieben, bis bei den letzten Wahlen im Januar 1912 wieder die Nationalliberalen mit der winzigen Mehrheit von acht Stimmen siegten.

Das Ergebnis dieser Ersatzwahl wird unter allen Umständen sehr interessant sein. Das Zentrum trägt seine Hoffnungen auf Erfolg nicht zum wenigsten auf seine günstigen Erfahrungen bei den badischen Landtagswahlen. Hoffentlich erweist sich diese Hoffnung aber als trügerisch.

Rosenburg-Löbau.

Von konservativer Seite wird bereits Herr v. Oldenburg-Januschau mit lautem Trommelschlag als deutscher Kandidat für die Rosenburg-Löbauer Ersatzwahl angekündigt. Die konservative „Elbinger Zeitung“ schreibt ihm einen längeren Empfehlungsbrief, in dem es u. a. mit Rücksicht auf die Niederlage des „trogigen und draufgängerischen Junlers“ in Elbina-Marienburg wunderbar genug heißt: In Rosenburg-Löbau sehe und höre man ihn gern, nur gerade als Vertreter des in der Hauptsache (?) industriellen Kreises Elbing-Marienburg wollte man ihn nicht im Reichstag haben. — Es dürfte sich sehr bald herausstellen, daß der Januschauer ein nicht weniger als geeigneter Kandidat auch für Rosenburg-Löbau ist. Bereits jetzt soll sich eine starke Gegenbewegung gegen die geplante Kandidatur v. Oldenburg geltend machen.

Die Wahlprüfungen.

Nachdem Abg. Kölsch (natl.) sein Mandat kurz vor der Entscheidung im Plenum niedergelegt hat, bleiben immerhin noch vierzehn Mandate übrig — eine stattliche Zahl —, mit deren Prüfung sich der Reichstag heute und in einigen der nächsten Sitzungen beschäftigen wird. Als erstes kommt dabei nach den Berichten der Wahlprüfungskommission in Betracht das Mandat des Sozialdemokraten Pous und als zweites dasjenige des Fortschrittlers Dr. Bachnick. In beiden Fällen dürfte sich das Plenum ohne weitere Debatte für die von der Kommission beantragten Beweiserhebungen entscheiden. Sehr viel kritischer wird es bei der Prüfung der Wahl des Reichsparteilers Dr. Gegenfeldt zugehen. Die Kommission beantragt hier die Gültigkeit der Wahl, die Sozialdemokraten aber fordern die Ungültigkeitserklärung, und die Fortschrittliche Volkspartei wird sich diesem Antrage anschließen. Es kommt hier im wesentlichen darauf an, daß in dem Wahlkreise Rothenburg-Hoyerswerda zwei Flugblätter, gerichtet an die Landwirte und an das Handwerk, sowie den gewerblichen Mittelstand des Wahlkreises, von dem Kandidaten persönlich verfaßt

und von ihm selbst mit den Worten „Landrat Dr. Gegenfeldt-Hoyerswerda“ unterzeichnet sind. Selbst wenn man davon absteht, ob es besonders geschmackvoll ist, wenn der in Betracht kommende Kandidat Flugblätter mit seiner eigenen Empfehlung unterzeichnet, so ist es doch entschieden als unzulässig zu erklären, daß ein politischer Beamter, der als Mandat auftritt, seine Beamten-eigenschaft in der Art hervorhebt, wie es hier geschehen ist. Das hierin für viele abhängige Wähler eine Beeinträchtigung ihrer Wahlfreiheit liegt, kann nicht gut bestritten werden. Das Charakteristikon einer amtlichen Mittheilung ist hier unseres Erachtens gegeben, und infolgedessen sollte auf Ungültigkeit erkannt werden. In Rothenburg-Hoyerswerda hatte bei der Hauptwahl Gegenfeldt 10683 Stimmen erhalten, während auf den Sozialdemokraten 6590 und auf den Fortschrittler Goldschmidt 5180 Stimmen gefallen waren. In der Stichwahl hatte dann Gegenfeldt die starke Mehrheit gehabt.

Die weiteren Prüfungsberichte betreffen die Wahlen der konservativen Abgeordneten v. Carmer und v. Bonin, sowie des Christlich-Sozialen Dr. Burckhardt, die die Kommission für gültig erklärt haben will, womit das Plenum einverstanden sein wird. Hinsichtlich der Wahl des Sozialdemokraten Haupt im Kreise Burg-Perichow, bei der, wie schon im Vorartikel: „Drei neue Reichstagsersatzwahlen“ hervorgehoben, die Verhältnisse sehr eigenartig liegen, wird es wieder zu längeren Auseinandersetzungen kommen.

Ferner steht u. a. auch die Wahl des konservativen Abg. Red (Deyko-Luch) zur Prüfung. Wie mit Sicherheit anzunehmen, dürften hier Beweiserhebungen beschlossen werden. Es handelt sich um einen Protest von riesigem Umfange mit gewaltigem Material über Wahlbeeinflussungen seitens der Konservativen. Der ganze Wahlkreis soll sozusagen unter Spiritus gesetzt worden sein! Schließlich sei noch der Wahl des Abg. Dr. Cohn-Nordhaujen Erwähnung getan. Bekanntlich jagte der eingereichte fortschrittliche Protest, daß amtliche Wahlbeeinflussungen zugunsten der Sozialdemokraten gegen den fortschrittlichen Kandidaten ausgeübt worden seien; aus der Berechnung der Kommission ergab sich dann, daß, wenn man die ungünstigsten Folgerungen aus den beanstandeten Einzelresultaten zieht, doch für Cohn noch eine Mehrheit bliebe. Man kann demgegenüber aber die Meinung vertreten, daß die amtlichen Wahlbeeinflussungen, falls sie stattgefunden haben, eine Wirkung über den engen lokalen Kreis hinaus gehabt haben könnten, um dies zu erweisen, würde eine Beweiserhebung notwendig sein.

✓ Berlin, 28. November. Zur Prüfung der Wahl des sozialdemokratischen Abg. Dr. Cohn-Nordhaujen, die auf der heutigen Tagesordnung des Plenums des Reichstages steht, hat die Fortschrittliche Volkspartei im letzten Augenblick einen Antrag eingebracht, den Beschluß über die Gültigkeit auszusprechen und den Reichsanwalt zu eruchen, die von der Wahlprüfungskommission erw. beschlossenen Beweiserhebung zu lassen.

Graf Berchtolds Verteidigung.

Graf Berchtold, der vielangefochtene Steuermann, der das österreichisch-ungarische Staatsschiff durch die Wirbel der Orientkrise zu steuern hatte, erhielt am Donnerstag im österreichischen Delegationsauschuß das Schlusswort gegenüber seinen Kritikern.

Graf Berchtold faßte die vorgebrachten Einwände gegen die äußere Politik dahin zusammen, daß die Diplomatie nicht gehörig orientiert war, keine bestimmten Ziele verfolgte und die aufgewandten Mittel in keinem Verhältnis zu den erreichten Resultaten ständen. Betreffend den ersten Punkt, sagte er, leisteten wir bereits im August 1912 eine internationale Aktion ein, um die Fortie so zu radikalen Reformen zu bewegen, daß der geplanten Aktion der Balkanstaaten der Boden entzogen würde. Ferner machte ich bereits in der vorvorigen Delegation auf die drohenden Gefahren aufmerksam, was damals Schwarzseherei genannt wurde. Gegenüber der Forderung, wir müßten zu Beginn der Krise mit den Balkanstaaten ein Abkommen über Albanien treffen, betonte ich, daß die Neutralisierung dieses von türkischen Truppen besetzten Gebietes nur durch eine effektive Befreiung unsererseits erreichbar gewesen wäre, was einen Teil unseres Heeres während der starken internationalen Spannung gebunden hätte.

Die neulichen „Matin“-Euthüllungen

beweisen, daß der Balkanbund gewisse Hoffnungen auf eine Großmacht setzte. Der Zusammenschluß mit den geeinigten Balkanvölkern kann nie das Ziel unserer Politik sein. Unser Programm wird hier bekämpft, weil es dem einen zu weit, dem anderen nicht weit genug geht. Was Saloniki anbelange, so handelte es sich um kein Aufgeben, da keiner seiner Vorgänger an der Erwerbung dieses Hafenspiases und des dorthin führenden Weges dachte. Bezüglich des Sandjaks sei schon in der Delegation darauf hingewiesen worden, daß durch den Verlust des Grafen Neuchâtel auf das Belagungsrecht dieses Gebietes Österreich nicht mehr die freie Hand hatte, auf demselben einen Anspruch zu machen. Die Kosten der militärischen Maßnahmen hatten zu bedeutende Ziffern, weil frühere Besatzmänner nachgeholt werden mußten, und die Truppen während der ganzen Krise an der Ostgrenze bleiben mußten. Die finanziellen Erfordernisse erschienen uns allerdings besonders drückend, weil sie mit einer in mancher Beziehung ungünstigen wirtschaftlichen Konjunktur zusammenfielen. Es ist natürlich und unabwehrbar gewesen, daß unsere Industrie und der Handel schwer in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die Wiltion des Prinzen Hohenzollern hat in Petersburg ihr Ziel vollkommen erreicht.

Zum Bularester Frieden

muß ein zweifacher Tertum richtiggestellt werden. Der Vorbehalt der Prüfung wurde in London auf englische Anregung beschlossen und nachmals von allen Mächten akzeptiert. Unsere Absicht war die, diese Hochprüfung auch dann selbstständig durchzuführen, wenn die anderen Mächte zurücktreten sollten. In dem Bündnisvertrage zwischen Österreich-Ungarn und Italien ist keine Geheimhaltung, welche auf die inneren Verhältnisse unserer Küstenländer sich bezog.

Auf die Gegner der Politik des Grafen Berchtold erzielte dieses Plaidoyer keine besonders starke Wirkung. Die Mitglieder des Deutschen Nationalverbandes erklärten in der Spezialdebatte, diesmal gegen den Dispositionsfonds des Ministers stimmen zu müssen; der Fonds wurde schließlich bewilligt mit zwölf gegen sechs Stimmen, zweier Tschechen, der Deutschnationalen Langenhan, Waldner und Wolf und des Sozialisten Ellenbogen. Einige Tschechen hatten die Sitzung verlassen. Sodann wurde das Budget des Ministeriums mit großer Mehrheit angenommen.

Französisches Mißbehagen am Aufstieg Italiens.

König Viktor Emanuel hat Donnerstag das italienische Parlament mit einer Thronrede eröffnet, die voll Stolz auf die Errungenschaften der jüngsten Vergangenheit und mit Ernst auf die noch größeren kulturellen und politischen Zukunftsaufgaben Italiens hinwies. „Die Dichtung des italienischen Banners auf dem anderen Ufer des Mittelmeeres bedeutet eine tätigerere Teilnahme an der Lösung der Probleme der auswärtigen Politik.“ Diese Worte haben einen Unterton, den man in Frankreich sehr ungern hört. Denn die unbedingte Beherrschung des Mittelmeeres durch die Entente-mächte war ja seit langem der Angelpunkt der französischen Entente-politik, und man sieht in den chauvinistischen Kreisen der Republik mit Sorge dem Tage entgegen, wo zur Aufrechterhaltung der französischen Mittelmeerposition die russische Schwarzmeerflotte herbeigerufen werden müßte — dem Tage, der zugleich das hergliche Einvernehmen mit England endgültig sprengen müßte. Wir werden wohl von manchen Reibungen zwischen Italien und Frankreich in der nächsten Zeit hören. Symptomatisch dafür ist folgende unscheinbare Pariser Kavabespeise:

Wie habhaftlich gemeldet wird, hat die französische Regierung bei den zuständigen Behörden dagegen Einspruch erhoben, daß die Franziskaner in der Erbskirche zu Jerusalem dem dortigen italienischen Konsul die Ehren erwiesen haben, welche ausschließlich dem französischen Konsul gebühren, und so den überlieferungs-mäßigen Vortritt des Frankreichs im Orient Abbruch getan haben.

Man spürt es in Frankreich lebhaft, daß mit der Erlebigung der Orientkriege eine neue Epoche der europäischen Politik begonnen hat, die durch Verlegung des Schwerpunktes der politischen Entscheidungen auf das flüssige Element des Wassers gekennzeichnet ist. Frankreich hat lange Zeit hindurch Italien an die Bahnen seiner Politik fesseln können, indem es den italienischen Staatsmännern Tripolis als lodenden Bissen vorhielt. Es hat die Früchte dieser Politik in reichstem Maße genossen. Nun aber muß es sich auch gefallen lassen, daß Italien der französischen Vormundschaft entwachst und Anspruch auf Achtung vor seinen neuen erweiterten Lebensbedingungen erhebt.

Paris, 28. November. Das „Echo de Paris“ schreibt zu der Thronrede in Italien: Wir müssen es nunmehr für möglich halten, daß die italienische Regierung daran denkt, ihr Gebiet auf Kosten der französischen Landesteile zu vergrößern, daß sie durch die mit den Verbündeten abgeschlossenen Verträge in dieser Hinsicht ermutigt wird. Trachten wir, stark genug zu sein, damit diese Hoffnung zur Verflüchtigung werde. — „Goulois“ meint: Anstatt uns in eine zwecklose Polemik einzulassen, müssen wir kalten Blutes die Lage ins Auge fassen, woran wir teilweise selbst schuld sind. Die Lage kann ernst werden. Deshalb müssen wir, sobald die französisch-italienischen Mißverständnisse zerstreut sind, nach dem Beispiel Italiens die Vermehrung unserer Flotte und die Befestigung unserer Küsten beschleunigen, sodas wir zum mindesten mit Ruhe allen nunmehr möglichen Eventualitäten entgegengehen können.

Serbisch-türkischer Friedensschluß.

Nach Informationen aus kompetenter türkischer Quelle wurden die Verhandlungen über den türkisch-serbischen Friedensvertrag Donnerstag Nachmittag nach einer Besprechung Reichsdeputations-Konferenz mit dem serbischen Delegierten Pawlowitsch beendet. Ueber alle Punkte wurde vollkommenes Einvernehmen erzielt. Der Text des Vertrages wird zunächst in Belgrad der Genehmigung der serbischen Regierung unterbreitet und dann dem türkischen Ministerrat vorgelegt. Da die serbische Regierung bezüglich der Rechte und der Lasten gegenüber den orientalischen Eisenbahnen, in den an Serbien abgetretenen Gebieten an Stelle der türkischen Regierung tritt, werden alle darauf bezüglichen Fragen der Pariser Finanzkommission für die Balkanangelegenheiten übertragen.

Die türkischen und bulgarischen Delegierten für die Handelsvertragsverhandlungen in Konstantinopel beabsichtigen die Grundlagen des Vertrages durch eine paritätisch zusammengelebte Subkommission ausarbeiten zu lassen.

Kavalli Mustafa verurteilt.

Konstantinopel, 28. November. Kavalli Mustafa, einer der Mörder des Großwesirs Mahmud Schewket, der jüngst an Bord eines russischen Schiffes verhaftet wurde, ist gestern vom Kriegsgericht neuerlich zum Tode verurteilt worden.

Die russische Botschaft hat, wie erinnerlich, Einspruch gegen die Verhaftung erhoben, da Kavalli nicht wegen eines politischen, sondern wegen eines gemeinen Verbrechens zur Auslieferung verlangt wurde. Rußland beansprucht deshalb die Wiederauslieferung Kavallis.

Frankreich als Schiedsrichter zwischen Bulgaren und Griechen.

Paris, 28. November. Eine offizielle Mitteilung erklärt, daß die französische Regierung dem Ansuchen Bulgariens, die Schiedsrichterrolle in dem Zwiste wegen der von Griechenland gefangenen Komitatstschis zu übernehmen, wahrscheinlich willfahren werde, doch werde die Frage, die zahlreiche Schwierigkeiten aufweise, vorerst einer genauen Prüfung unterzogen.

Daß Frankreich das Schiedsrichteramt zwischen den ehemaligen Balkanverbündeten nicht gern übernimmt, begreift sich. Friedensstiftung ist nicht immer eine dankbare Aufgabe; und gar in Südost-europa am letzten. Schon vor einigen Tagen hat sich die bulgarische Regierung in einer Zirkularnote offiziell darüber beklagt, daß sie auf ihr Ersuchen von Frankreich bisher nicht einmal einer Antwort gewürdigt worden sei. Allerdings sind in Frankreich die stürmischen Sympathien, mit denen die Bulgarenstiege im ersten Balkankriege begrüßt wurden, außerordentlich rasch abgeflaut — und um Griechenlands Gunst bewirbt man sich dort nach allen Regeln des diplomatischen Handwerks...

König Ferdinand und der Vertrag mit Serbien.

Wien, 28. November. Ein Mitarbeiter der „Reichspost“ hatte eine Unterredung mit einer autoritativen bulgarischen Persönlichkeit über die Veröffentlichung des serbisch-bulgarischen Geheimvertrages. Die Persönlichkeit stellte zunächst fest, daß in der gestrigen Audienz des Königs Ferdinand beim Kaiser dieser die düsteren Schatten des Gemütes des bulgarischen Königs hinwegjuchte. Zwischen den beiden Herrschern sei alles geklärt und manches Mißverständnis beseitigt worden. Die Persönlichkeit besprach die Vorgehensweise des Geheimvertrages. Aus ihren Worten